

Elbkurier

Informationsblatt des CDU-Kreisverbandes Magdeburg

AUS DEM INHALT



Rainer Nitsche Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit im Interview → 2

Neue Staatssekretäre aus Magdeburg berufen → 5

Der Aufstand der Jungen → 6



Lebendiges Erinnern: Initiativen zum Magdeburger Stadtrecht → 7

Wahlen in den Ortsverbänden → 8



Vorraussetzungen für Dommuseum schaffen → 10

Schönster Stadtteil mit Wohlfühlase → 11



Strom aus der Steckdose Atomausstieg ja - aber mit Augenmaß → 14

Nach der Wahl ist vor der Wahl – tägliches Werben um das Vertrauen der Bürger notwendig

Hinter der CDU Sachsen-Anhalt und auch dem Magdeburger CDU-Kreisverband liegen die anstrengenden Wochen des Landtagswahlkampfes.

Bezogen auf ganz Sachsen-Anhalt gelang es der Union, mit ihrem Spitzenkandidaten Dr. Reiner Haseloff 32,5 Prozent der Zweitstimmen zu erringen und damit deutlich stärkste Partei zu werden. Noch eindrucksvoller ist sicher die Tatsache, dass von 45 Direktmandaten 41 von den CDU-Kandidatinnen und CDU-Kandidaten vor Ort gewonnen werden konnten. Auch in der Landeshauptstadt erreichte die CDU bei den Zweitstimmen mit 31 Prozent das beste Ergebnis aller Parteien. Außerdem konnten unsere Magdeburger CDU-Kandidaten Jürgen Scharf, Wigbert Schwenke und Dieter Steinecke ihren Wahlkreis direkt gewinnen. Leider verpasste Bernd Heynemann den Einzug in den Landtag nur um wenige hundert Stimmen. Allen vieren meinen herzlichen Dank für ihren engagierten Wahlkampf. Mein besonderer Dank gilt aber vor allem den vielen CDU-Mitgliedern und Sympathisanten, die in den verschiedensten Formen das Werben um das Vertrauen und die Stimmen der Wählerinnen und Wählern unterstützten.

Unmittelbar nach dem Wahlabend ging es für die CDU darum, mit der SPD in Verhandlungen zum Abschluss eines Koalitionsvertrages einzutreten. Die Zeit dieser Verhandlungen, und auch danach, wurde durch verschiedene öffentliche Debatten begleitet,



Kreisvorsitzender Tobias Krull dankt allen CDU-Mitgliedern und Sympathisanten.

Foto: Alexander Schröder

die uns als CDU nicht unbedingt zur Ehre gereichen. Dazu gehören auch verschiedene Personalentscheidungen in der CDU-Landtagsfraktion bzw. deren Vorgeschichte. Viele Bürgerinnen und Bürger und auch Mitglieder der CDU zeigten hier ihr Verständnis über unterschiedliche Vorgänge. Auch ich persönlich war von diesen Empfindungen nicht frei. In diesem Zusammenhang möchte ich im Namen des gesamten CDU-Kreisverbandes Magdeburg Jürgen Scharf und Dieter Steinecke herzlich danken. In ihren Ämtern, die sie in der vergangenen Wahlperiode als Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion bzw. als Landtagspräsident bekleideten, haben sie viel Gutes für unser Land und für unsere Stadt erreicht. Dank auch an die ausgeschiedenen Regierungsvertreter aus den Reihen der CDU, allen voran dem Ministerpräsidenten a.D. Prof. Dr. Wolfgang Böhmer für die geleistete Arbeit.

> weiter Seite 4

Chance für die Mitte Magdeburgs ist vertan

Die Ulrichskirche wird, zumindest bis auf Weiteres, nicht wieder aufgebaut. Drei Viertel der abgegebenen Stimmen waren gegen die Initiative des Kuratoriums zum Wiederaufbau des altherwürdigen Gotteshauses im Zentrum der Stadt. Man muss sich jetzt mit etwas zeitlichem Abstand zur Entscheidung fragen: Warum ist diese Bürgerinitiative so kläglich gescheitert? Warum hat sich sofort eine Gegeninitiative gebildet? Warum waren der OB und viele andere sogleich, fast reflexhaft, dagegen?

Die vordergründigen Antworten nach den Kosten, der Nutzung und dem Schattenwurf können die Vehemenz der Ablehnung nicht erklären. Sonst hätte auch zum Beispiel das

Stadion nie in dieser Dimension gebaut werden dürfen. Die Ablehnung speist sich zweifellos aus tieferen Quellen. Zwei verlorene Kriege mit ihren verheerenden Auswirkungen auf die Menschen und die bebaute Stadt und fast 60 Jahre Diktatur haben der abendländischen Tradition schwer zugesetzt und die Verwurzelung im christlichen Glauben in weiten Teilen der Bevölkerung zerstört. Was braucht es daher eigentlich noch Kirchen? Sind sie nicht Relikte einer längst überwundenen geschichtlichen Epoche? Und dann noch der Wiederaufbau einer vor Jahrzehnten gesprengten Kirche. Wozu?

> lesen Sie weiter auf Seite 5 unten

Rainer Nitsche über Investitionen, Gehaltsgefälle und Tugenden

Elbkurier: Herr Nitsche, Sie sind nunmehr seit zweieinhalb Jahren Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit der Landeshauptstadt. Ist das Ihr Traumjob?

Nitsche: Ich glaube, es gibt keinen Traumjob, jedenfalls nicht für mich. Meine Vita zeigt, dass ich mich neuen Aufgaben stelle. Und das tue ich mit Leidenschaft als Wirtschaftsbeigeordneter und das macht mir immer wieder auch Freude.

Elbkurier: Sie hatten sich auch einmal für die Position des Beigeordneten für Ordnungsdienst etc. beworben. Was reizt Sie als Jurist an dieser wirtschaftsorientierten Aufgabe?

Nitsche: Die Handlungsspielräume im Bereich des Ordnungsdienstes sind wesentlich geringer als im Bereich der Wirtschaft. Hier kann ich meine Persönlichkeit viel stärker einbringen, natürlich im Rahmen dessen, was mir Land, Stadtrat und OB vorgeben.

Elbkurier: Welche Akzente haben Sie in den zweieinhalb Jahren gesetzt?

Nitsche: Ich habe mich zunächst vor allem der internationalen Zusammenarbeit gewidmet.

Elbkurier: Warum? Gehört das überhaupt zu Ihren Aufgaben?

Nitsche: Nach meinem Verständnis auf alle Fälle. Ich bin überzeugt, Magdeburg kann nur einen Sprung nach vorne machen, wenn es international stärker wahrgenommen wird. Nach der Wende sind die großen Investitionen in den neuen Ländern erfolgt. Denken Sie an Porsche und BMW in Leipzig oder an Opel in Eisenach. Diese Großprojekte sind leider an Magdeburg vorüber gegangen. Wenn wir in Zukunft noch eine Chance auf eine Großinvestition haben wollen, dann kann die nach meiner Überzeugung nur aus den vor allem asiatischen Schwellenländern kommen, evtl. noch aus Österreich, Italien, Niederlande und USA.

Elbkurier: Sind das nur vage Hoffnungen oder steht mehr dahinter?

Nitsche: Ja, wir haben mit Zustimmung des Stadtrates 2009 ein „internationales Büro für Wirtschaftsförderung“ gegründet. Ich habe Gottseidank eine Leiterin gefunden, die fließend chinesisch spricht, die Unternehmertage und Wirtschaftsforen durchführt. Erst im April war eine große Delegation aus Harbin in Magdeburg und meine dritte Reise nach Harbin



steht bevor.

Elbkurier: Das klingt sehr spannend. Was kommt an Zählbarem dabei heraus?

Nitsche: Internationale Zusammenarbeit braucht Zeit. Auf beiden Seiten muss Vertrauen wachsen. Aber immerhin, wir haben Absichtserklärungen zur beruflichen Bildung, Gebäudesanierung und Schweißtechnik unterzeichnet. Das stimmt mich schon optimistisch, dass wir die Chance auf ein chinesisches Zentrum in Magdeburg bekommen. Magdeburg liegt sehr zentral in Europa und hat sehr gute Verkehrsverbindungen. Auch von hier aus könnte China den europäischen Markt erschließen.

Elbkurier: Woher nehmen Sie die Hoffnung, dass die Chinesen nicht nur Knowhow absaugen wollen?

Nitsche: Schauen Sie, in Halle haben die Chinesen tatsächlich in ein Werk der Verpackungsbranche investiert. Warum sollten wir das nicht in Magdeburg schaffen, zumal wir in Shanghai nunmehr gemeinsam mit Halle an einer Repräsentanz des Landes mit Akquiseaufgaben beteiligt sind!?

Elbkurier: Wie sieht es denn mit der regionalen Zusammenarbeit aus, die ja in den letzten zwanzig Jahren nie richtig funktioniert hat?

Nitsche: Ich denke, da ist in den letzten Jahren viel zu sehr von Eingemeindungen, von finanziellen Transfers und letztlich von Zwang die Rede gewesen. Das hat jede regionale Zusammenarbeit fast im Keim erstickt.

Elbkurier: Wie gehen Sie vor?

Nitsche: Ganz pragmatisch!

Wir brauchen möglichst wenig Überbau, der teures Geld kostet, sondern konkrete Zusammenarbeit mit konkreten Projekten.

Elbkurier: Zum Beispiel?

Nitsche: Im Augenblick wird ein Standortatlas erarbeitet, der die Kompetenzen der Region in den Bereichen Forschung, Logistik, Messen und Tourismus herausstellt. Da machen die Landkreise alle mit, weil sie sehen, dass sie davon auch etwas haben.

Elbkurier: Gibt es schon Vorzeigbares?

Nitsche: Ja, einen Imagefilm in deutscher und englischer Sprache, der die vielen Qualitäten der Region Magdeburg herausstellt – vom Autobahnnetz und Hafen über die Forschungs- und Produktionskapazitäten bis zum Dom, den schönen Dorfkirchen und den Naturschönheiten der Region.

Elbkurier: Wie hat sich denn die Gemeindegebietsreform auf die regionale Zusammenarbeit ausgewirkt?

Nitsche: Jetzt wo die Gebietsreform erledigt ist, hat sich die Bereitschaft zur Zusammenarbeit deutlich erhöht. Auf der anderen Seite ist aber auch die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit in der Region dringender geworden, weil es keine Eingemeindungen gegeben hat.

Elbkurier: Woran machen Sie das fest?

Nitsche: Magdeburg hat im Augenblick keine Großfläche für Neuansiedlungen. Die größte zusammenhängende Fläche in Rothensee beträgt zwanzig Hektar. Deshalb hat die Stadt gemeinsam

mit Sülzetal ein Gewerbegebiet bei Osterweddingen erschlossen, das auch bald vollständig besiedelt sein wird.

Elbkurier: Was passiert, wenn der Großinvestor aus China tatsächlich morgen kommt?

Nitsche: Wir haben eine Machbarkeitsstudie für den Eulenberg im Westen der Stadt machen lassen, die zu einem positiven Ergebnis kommt. Wir könnten dort eine Nettofläche von 200 ha erschließen.

Elbkurier: Wie läuft die Zusammenarbeit mit den anderen Großstädten?

Nitsche: Ich bemühe mich sehr um eine verstärkte internationale Wahrnehmung. Das kann Magdeburg nicht alleine schaffen. Dazu brauchen wir die Unterstützung des Bundes, des Landes, z.B. der IMG und dazu nutzen wir die vielfältigen Kontakte mit unseren Partnerstädten. Aber das genügt noch nicht. Magdeburg arbeitet seit Jahren auch in der sogenannten Metropolregion Mitteldeutschland mit. Gemeinsam mit Halle, Leipzig und Dresden sowie den größeren Thüringer Städten versuchen wir international präsent zu sein. Ich bin froh, dass wir bei der EXPO REAL in München in diesem Jahr erstmals gemeinsam auftreten werden. Weitere Aktivitäten werden folgen.

Elbkurier: Sie sind auch für den Tourismus zuständig. Was konnten Sie da bewegen?

Nitsche: Der Elberadweg ist wiederholt zum beliebtesten Radweg Deutschlands gewählt worden. Hier setzen wir mit den Partnern im Tourismusverband

Elbe-Börde-Heide an und wollen mit Nebenrouten und Hinweisen auf vielfältige Sehenswürdigkeiten in der Region die Aufenthaltsdauer der Besucher verlängern. So wollen wir beispielsweise einen „Zuckerweg“ aufbereiten, und wir wollen „Pakete“ schnüren, die zum Beispiel Elemente aus den Gartenträumen mit der Straße der Romanik und dem Blauen Band verbinden. Die Region hat erhebliche Potenziale, das müssen wir den Besuchern überbringen.

Elbkurier: Wie wollen Sie die Menschen in die Region holen? Fehlt da nicht das große Event?

Nitsche: Das ist schon ein Problem. Wenn wir die Touristen erst einmal hier haben, sind die meisten positiv überrascht. Aber gerade im Sommerloch werden wir das neue „Kaiser-Otto-Fest“ platzieren, das Anfang September zum ersten Mal veranstaltet wird. Das wird ein richtig großes Event, das sich deutlich vom Stadtfest abheben und Gäste von weither anziehen wird.

Elbkurier: Wie verbindet sich dieses Fest mit der Otto-Kampagne?

Nitsche: Die Otto-Kampagne ist aus meiner Sicht ein voller Erfolg. Viele Gruppen und Vereine übernehmen den Slogan. So soll es sein ...

Elbkurier: ... Selbst der CDU-Kreisverband will das Motto in seinen Briefkopf aufnehmen ...

Nitsche: Ja, das finde ich sehr gut. Eine Umfrage hat ergeben, dass bereits 40 Prozent der Magdeburger diese Dachmarke kennen. Jetzt müssen wir die Kampagne nach außen tragen und ganz Deutschland erreichen.

Elbkurier: Wie wollen Sie das hinbekommen?

Nitsche: Wir sind auf einem guten Weg. Wir haben den Slogan auf den „Berlin-Magdeburg-Express“ gesetzt, kürzlich hat die FAZ im Reiseblatt Magdeburg eine ganze Seite gewidmet und das Openair-Theater auf dem Domplatz bewerben wir in allen größeren Städten der weiteren Umgebung mit 60 Großplakaten. Die Kampagne zeigt also schon Wirkung.

Elbkurier: Wie läuft die Zusammenarbeit im Rathaus?

Nitsche: Mit dem OB und den anderen Beigeordneten gibt es eine sehr kollegiale, sachorientierte Zusammenarbeit ohne parteipolitische Befindlichkeiten. Das finde ich sehr angenehm. Mit der CDU/BfM-Fraktion pflege ich eine regelmäßige Abstimmung.

Elbkurier: Welche Aufgabe sehen Sie für die nächste Zukunft?



„Wir haben die Chance auf ein chinesisches Zentrum in Magdeburg,“

„Nach der Gebietsreform ist die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit noch dringender,“

Rainer Nitsche Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit der Stadt Magdeburg.

Fotos: Birgit Uebe

Nitsche: Ich werde mich besonders dem drohenden Fachkräftemangel widmen. Wir müssen vor allem schauen, dass die weniger werdenden Schüler einen Schulabschluss mit Berufsfähigkeit bekommen, und zwar alle.

Elbkurier: Wie wollen Sie da helfen?

Nitsche: Wir müssen unter anderem die Elternarbeit verbessern und helfen, dass die jungen Leute ihre eigenen Stärken und Interessen entdecken und so ihre berufliche Zukunft finden. Und außerdem müssen die Jugendlichen wieder die alten Tugenden der Ordnung und Selbstdisziplin erlernen. Das klingt vielleicht altmodisch, aber ohne „Sekundärtugenden“ funktioniert leider keine Gesellschaft und kein Betrieb. Deshalb werden wir als Stadt die jungen Menschen dabei unterstützen.

Elbkurier: Wie wollen Sie dem Fachkräftemangel noch begegnen?

Nitsche: Unter vielen Maßnahmen vieler Akteure setzen wir als Stadt und Schulträger wie beschrieben in den Schulen an und wollen im Übergang von Schule zur Arbeitswelt mit Partnern die Ausbildungs- und Berufsfähigkeit der Schüler erhöhen. Hier schlummert ein großes Potential an qualifizierten Fachkräften.

Elbkurier: Aber wie wollen Sie verhindern, dass diese qualifi-

zierten Fachkräfte dann nicht die Stadt verlassen, um etwa in Süddeutschland viel mehr zu verdienen?

Nitsche: Zunächst einmal sind die Magdeburger Unternehmen, die händeringend Fachkräfte suchen, aufgefordert dafür zu sorgen, dass sich das Gehaltsgefälle Ost-West erheblich verringert. Und wir als Wirtschaftsförderung können im Rahmen unserer vielen Kontakte, auf Veranstaltungen und Messen, aber auch beim Standortmarketing aufzeigen, dass der Gehaltsvorsprung im Westen schon jetzt nicht mehr so groß ist, wenn man die immer noch geringeren Lebenshaltungskosten in Magdeburg, etwa die geringeren Kosten für Wohnen, Öffentlichen Nahverkehr oder Kinderbetreuung einbezieht, ganz abgesehen davon, dass viel mehr Betreuungsplätze zur Verfügung stehen.

Elbkurier: Qualifizierte Fachkräfte mögen ja in Magdeburg Arbeit finden, doch wie sieht es mit Führungskräften, jungen Akademikern aus dem Forschungsbereich bis hin zu den „high potentials“ aus?

Nitsche: In der Tat, von derartigen hochwertigen Arbeitsplätzen gibt es in Magdeburg noch zu wenig. Deshalb verlassen zu viele Absolventen unserer Hochschulen nach Studium und Forschung die Stadt. Dies ist schon angesichts

des demografisch bedingten Bevölkerungsschwunds nicht hinnehmbar. Es bedeutet aber auch enormen Kaufkraftverlust, Verlust an kulturellen Potentialen, und vor allem, dass die hervorragenden Ressourcen unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen nur in unzulänglichem Maße ökonomisch für den Wirtschaftsstandort genutzt werden können. Das muss sich ändern.

Elbkurier: Und wie wollen Sie das tun?

Nitsche: Hier sind zunächst die Unternehmen selbst in der Pflicht, indem zumindest die größeren mehr Forschungs- und Entwicklungsarbeit in Magdeburg vor Ort leisten und damit die erforderlichen Arbeitsplätze schaffen. Dafür kann die Wirtschaftsförderung gemeinsam mit dem Team Wissenschaft, das direkt dem Oberbürgermeister unterstellt ist, die Rahmenbedingungen verbessern, den Mittelstand, vor allem also kleine und mittlere Unternehmen, noch näher an die Forschungskapazitäten in der Stadt heranführen und Existenzgründungshilfe für Hochschul- und Forschungsabsolventen leisten, die vor Ort in Magdeburg ihre innovativen Ideen umsetzen und damit hochqualifizierte Arbeitsplätze schaffen. Dafür gibt es bereits jetzt schöne Beispiele.

Elbkurier: Herr Nitsche, herzlichen Dank für das Gespräch.

Fortsetzung Seite 1: Nach der Wahl ist vor der Wahl ...

Weitere Skepsis entwickelte sich bei der Betrachtung der Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen. Gerade in Fragen der Bildungspolitik wurde auf den ersten Blick mit der Zustimmung zur Einführung einer Gemeinschaftsschule ein Kompromiss geschlossen, der der bisherigen CDU-Politik widerspricht. Trotz vieler Bedenken habe ich auf dem Landesparteitag für die Annahme des Koalitionsvertrages geworben. Gleichzeitig habe ich darauf aufmerksam gemacht, dass wir als Union einiges an Vertrauen bei in der Wählerschaft und in den Reihen der CDU-Mitglieder verloren haben, welches es jetzt wieder zu erringen gilt. Natürlich stehen hier die CDU-Vertreter in der

Landesregierung und die CDU-Landtagsfraktion in besonderer Verantwortung.

Gerade in Anbetracht weiterer öffentlicher Äußerungen von verschiedenen Personen aus unserer Partei muss der Grundsatz gelten, dass wir eine Volkspartei sind, in der Frauen und Männer, Junge und Alte einfach alle Generationen und Gesellschaftsschichten ihren Platz haben.

Erfreulich aus Sicht unseres Kreisverbandes ist, dass mit der Ministerin für Wissenschaft und Wirtschaft Prof. Dr. Birgitta Wolff, dem Staatsminister Dr. Rainer Robra, der Staatssekretärin Anne-Marie Keding (Landwirtschaft und Umwelt) sowie den Staatssekretären Dr. Klaus Klang (Landesent-

wicklung und Verkehr) und Dr. Michael Schneider (Staatskanzlei) gleich fünf unserer Mitglieder der Landesregierung, inkl. Staatssekretärsebene, angehören. Selbstverständlich wünschen wir der gesamten Regierung gutes Gelingen bei der Bewältigung der anstehenden Herausforderungen. Und diese sind zahlreich. Allein der Rückgang der Mittel im Landeshaushalt von rund 20 Prozent bis zum Jahr 2019 bietet hier schon viel Konfliktpotenzial.

Aus meiner Sicht gilt der Grundsatz, dass vor der Wahl nach der Wahl ist und dass täglich um das Vertrauen der Bürger geworben werden muss. Dazu gehört, dass wir die Inhalte, für die wir vor den Wahl standen, auch

nach dieser offensiv vertreten und um entsprechende Mehrheiten kämpfen. Daneben muss es uns gelingen, bestimmte Themen in den Augen der Bürger mit bestimmten Köpfen zu verbinden. Das Ganze muss von einer Personalentwicklungspolitik begleitet werden, die diesen Namen auch verdient.

Als CDU Magdeburg stehen wir vor den gleichen Herausforderungen und die Bewältigung dieser kann nur gelingen, wenn wir als Partei gemeinsam und nach parteiinterner Diskussion nach Außen geschlossen an der Verwirklichung unserer politischen Ziele arbeiten. Seien Sie dazu ganz herzlich eingeladen.

Tobias Krull, Kreisvorsitzender

Eine kritische Nachlese zur Landtagswahl



Jürgen Scharf

Der Bundestrend im Frühjahr 2011 wurde durch Diskussionen wie über den Umbau des Stuttgarter Bahnhofes, das Gezerre um Höhe und Ausgestaltung der Grundsicherung für Kinder und die Katastrophe im japanischen Atomkraftwerk Fukushima infolge eines Erdbebens bestimmt. All diese Ereignisse hatten offensichtlich auf das Wahlergebnis in

Sachsen-Anhalt nur eine begrenzte Wirkung. Sie spülten allerdings die Grünen in und die FDP aus dem Landtag. Erfreulicher Weise gelang es der NPD trotz massiver Werbung nicht, die 5 Prozent-Hürde zu überspringen. Die CDU konnte ein (relativ!) gutes Wahlergebnis erreichen und stellt 41 der 45 Direktmandate.

Angesichts dieser Ausgangslage ist es schon verwunderlich, in welchem starkem Maße sich SPD-Positionen im Koalitionsvertrag wiederfinden. So soll u. a. der Anspruch auf Ganztagsbetreuung in einer Kindertagesstätte unabhängig von der Arbeitssituation der Eltern schrittweise wieder eingeführt werden. Eine Maßnahme, die je nach Hochrechnung in der Endphase ca. 30 bis 50 Millionen Euro zusätzlich kosten wird.

Eine neue Schule, die Gemeinschaftsschule, wird als weitere Regelschule durch Gesetz

eingeführt. Die schulgesetzliche Ausgestaltung ist noch offen. Da ein SPD-Kultusminister diesen Prozess steuern wird, kommt auf die CDU eine hohe Verantwortung zu. In Hamburg führte (auf anderer rechtlicher Grundlage) eine falsche Schulpolitik u. a. zum Absturz der CDU. Nach meiner Auffassung wäre die Zusage einiger Schulversuche für diese geplante neue Schulform ausreichend gewesen.

Zwar stehen alle diese Maßnahmen unter Finanzierungsvorbehalt, aber die SPD wird auf deren Einführung bestehen, zumal die bisher nur in der Landeshaushaltsordnung verankerte sog. Schuldenbremse wohl auch zukünftig nicht Bestandteil der Verfassung werden wird, wozu wahrscheinlich sogar die Grünen zu gewinnen wären. Die Gefahr eines weiteren „Aufsatteln“ von Wünschen, die Verfassung zu verändern, besteht nicht, da hierzu die CDU-Fraktion

im Landtag eine ausreichende Sperrminorität besitzt.

Wichtige Infrastrukturmaßnahmen, wie die Verlängerung der A14 und ökologisch vertretbare Unterhaltungsmaßnahmen an Elbe und Saale sind Ziel der Koalition. Wenn aber lediglich vom Bund „eine zügige Entscheidung zum Saale-Seitenkanal ...erwartet“ wird, wird dieser Kanal nie gebaut werden.

Die Koalition bekennt sich zum „weiteren gezielten Ausbau“ erneuerbarer Energien. „Die Rücknahme der Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken“ ist für sie eine „Minimalforderung“. Damit werden wir auch in der CDU unseres Landes noch über eine sichere und bezahlbare Energieversorgung diskutieren.

Es leisteten den Amtseid mit religiöser Beteuerung alle CDU-Minister, seitens der SPD die Minister Bischoff und Dorgerloh.

Jürgen Scharf



Wigbert Schwenke führt Arbeitnehmergruppe

Innerhalb der CDU-Landtagsfraktion hat sich, wie bereits in der fünften und vierten Legislaturperiode, eine Arbeitnehmergruppe gegründet. Ihr gehören vorerst zehn Mitglieder der Fraktion, darunter alle Magdeburger Abgeordneten, an. Zum Vorsit-

Wiedergewählter Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe, Wigbert Schwenke: „Wir sind das soziale Gewissen der CDU-Landtagsfraktion.“

Foto: Tobias Krull

zenden wählten die Mitglieder den Magdeburger Landtagsabgeordneten Wigbert Schwenke. Er hatte dieses Amt schon in der vergangenen Wahlperiode inne. Zur stellvertretenden Vorsitzenden wurde die Wernigeröder Abgeordnete Angela Gorr gewählt.

Thematisch will sich die Arbeitnehmergruppe mit allen im Landtag behandelten Angelegenheiten befassen, die Arbeitnehmerfragen betreffen. Auch sozialpolitische Themen in Bezug

auf Arbeitnehmerinteressen sollen diskutiert werden.

Geplant sind zunächst Gespräche hinsichtlich der neuen arbeitsmarktpolitischen Instrumente, wie Bürgerarbeit. Daneben sollen Kontakte zu den Arbeitnehmergruppen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der CDU-Fraktionen der mitteldeutschen Länder und zu Gewerkschaften sowie Sozialverbänden geknüpft werden.

Pressestelle CDU-Landtagsfraktion

Dr. Klaus Klang zum Staatssekretär berufen

Zum Staatssekretär im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr wurde durch den Ministerpräsidenten Dr. Reiner Haseloff und den Minister Thomas Webel das Magdeburger CDU-Mitglied Dr. Klaus Klang berufen.

Der promovierte Volljurist wurde am 4. Juli 1956 in Soltau geboren. Er ist verheiratet und dreifacher Vater. Der CDU trat er im Jahr 1984 bei. Im Jahr 1991 wechselte er vom niedersächsischen Innenministerium in das Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt. Seit

2003 war er dort als Abteilungsleiter „Kommunalangelegenheiten, Wahlen“ tätig. Außerdem nahm er seit 2006 die Funktion des Landeswahlleiters wahr.

Der passionierte Jäger engagiert sich darüber hinaus ehrenamtlich bei Lions International und beim Reservistenverband. Der Oberst der Reserve ist auch Autor mehrerer Publikationen zum Kommunal-, Wahl-, Verwaltungs-, Europa- und Völkerrecht.

Tobias Krull

Dr. Klaus Klang



Anne-Marie Keding neue Staatssekretärin im Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt



Anne-Marie Keding

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff, der Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Dr. Hermann Onko Aeikens sowie dessen Staatssekretär Jürgen Stadelmann haben kürzlich in der Staatskanzlei beraten. In diesem Gespräch bestand Einvernehmen, dass dem Staatssekretär im Hinblick auf das jetzt eingeleitete Verfahren eine unbeeinträchtigte Amtsführung nicht möglich ist.

Weil diese wegen der Bedeutung des Amtes unerlässlich ist, wurde das Beamtenverhältnis mit dem Staatssekretär einvernehmlich beendet.

Zur Nachfolgerin wurde Anne-Marie Keding ernannt. Sie wurde am

15. März 1966 in Liebenau in Niedersachsen geboren und wuchs in einem landwirtschaftlichen Betrieb auf. Sie studierte Jura in Freiburg im Breisgau und in München. Anschließend arbeitete Sie am Landgericht Stade. 1994 wechselte sie ins Regierungspräsidium Magdeburg. Nach Stationen im Innenministerium sowie Umweltministerium arbeitet sie seit 2002 im Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt. Sie war dort zuletzt Leiterin der Abteilung Landwirtschaft, Gentechnik, Berufliche Bildung. Frau Keding ist Mitglied der CDU seit 1985 und wohnt in Magdeburg. Sie ist verheiratet und Mutter zweier Kinder.

Pressestelle des MLU

Fortsetzung Seite 1: Chance Ulrichskirche ...

Das 20. Jahrhundert hat einen kulturellen Bruch in unserer Gesellschaft bewirkt, der auch zwanzig Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer nicht geheilt ist. Im Gegenteil: die Erosion unseres kulturellen Fundamentes schreitet in Ost und West weiter voran, ohne dass ein neues tragfähiges Fundament geschaffen würde. Die Neigung der Deutschen zu Angstpsychose und Überreaktionen, die geringe Geburtenzahl und auch der Erfolg der Grünen dürften hier ihre Wurzeln haben.

Der Wiederaufbau der Ulrichskirche hätte quasi ein Stück Gegenentwurf werden können. Ein Wiederaufbau um der eigenen Geschichte willen, eine Geschichte tiefverwurzelten christlichen Glaubens, mutigen Protests und erfolgreicher Re-

formen. Eine Geisteshaltung, die nicht zuerst nach kurzfristigem Nutzen und Gewinn, sondern nach Identität und Selbstvergewisserung fragt. Eine Geisteshaltung, die Respekt zeigt, vor einer UN-eigennützigen Bürgerinitiative, UN-eigennütziger Spendenbereitschaft und vor ein bisschen Wiedergutmachung für die von fanatischen Kommunisten gesprengten Kirchen in Magdeburgs Zentrum.

Viele Gäste suchen und viele Magdeburgerinnen und Magdeburger sehnen sich geradezu nach der erlebbaren Mitte, nach dem Zentrum der Stadt. So etwas war im sozialistischen Wiederaufbau nicht vorgesehen, dafür aber breite Aufmarschwege und Gigantomanius, der keine Spur von Heimeligkeit und Unverwechselbarkeit auf-

kommen lässt. Magdeburg hat sich in vieler Hinsicht hervorragend entwickelt, aber es fehlt immer noch die Mitte, aus der heraus die Stadt lebt und ein ordnendes Koordinatensystem bezieht. Der Wiederaufbau der Ulrichskirche hätte dazu ein wichtiger Baustein sein können. Die Untertunnelung des Breiten Weges im Zuge der Ost-West-Achse und der Neubau des Blauen Bocks vielleicht weitere. Es bleibt zu hoffen, dass wenigstens die Kraft der Verantwortlichen dazu reicht, die Grundmauern und die vermutlich vorhandene Krypta der Kirche freizulegen und sie nicht weiter dem Vergessen anheim fallen zu lassen. Bei den Befestigungsbauwerken ist das richtige Maß auch gelungen.

Wilfried Köhler

TERMINE

21.06.2011, 18.00 Uhr
Ortsverband Südost
Grillparty

28.06.2011, 19.30
Ortsverband Mitte
Beratungsraum CDU-Landesgeschäftsstelle, Fürstenwallstr. 17

29.06.2011, 19.30 Uhr
Ortsverband Nord
Gaststätte König von Preußen
Lübecker Str. 71

August

18.08.2011
Senioren Union
Busfahrt an das Steinhuder Meer

26.08.2011, 18.00
Ortsverband Ottersleben
Grillparty

September

05.09.2011, 18.00 Uhr
Frauen-Union
Gaststätte VECCHIA ROMA

14.09.2011, 19.00 Uhr
Ov Am Neustädter Feld
Gaststätte PoMo`s
Baumschulenweg 48

21.09.2011, 10.00 Uhr
Senioren Union
Besuch des Landesfunkhauses

Oktober

12.10.2011, 17.30 Uhr
Gesamtmitgliederversammlung
des Kreisverbandes Magdeburg
Roncalli-Haus
Max-Josef-Metzger-Str. 12/13

November

12.11.2011, 19.00 Uhr
CDU-Ball
Maritim Hotel Magdeburg
Otto-von-Guericke-Straße 87

Impressum

Herausgeber: CDU-Kreisverband
39104 Magdeburg, Fürstenwallstr.17
Tel. 0391 2549812
e-mail: cdu@magdeburg.de

Redaktion: Wilfried Köhler
(V.i.S.d.P.), Tobias Krull, Thomas
Nawrath, Andreas Kern

Layout/Satz: Birgit Uebe,
Medien- und Fotografiedesign

Druck: agentur frische ideen
Auflage: 1.500 Exemplare
Erscheinungsweise: viermal jährlich



Andreas Kern

Als in Europa in den Jahren 1989 und 1990 die kommunistischen Regime fielen und der „Eiserne Vorhang“ sich öffnete, lieferte die Rockband „Scorpions“ aus Hannover die Hymne dazu: „Winds of Change“ – der „Wind des Wandels“ wurde besungen.

In diesem Jahr ist der „Wind des Wandels“ zum Wüstenwind geworden, der einen arabischen Machthaber nach dem anderen hinwegzufegen droht. Zwei „Relikte der Macht“ mussten bereits weichen. Der seit 1987 amtierende tunesische Staatschef Ben Ali und Ägyptens Langzeitherrscher Husni Mubarak. Inzwischen stehen selbst die Diktatoren mit dem Rücken zur Wand, in deren Ländern wegen der totalen Kontrolle durch breit aufgestellte Macht- und Sicherheitsapparate absolute Grabesruhe herrschte: Libyens Langzeitrevolutionsführer Muammar Gaddafi (amtiert seit 1969) und Syriens Präsident Baschar al-Assad.

Angesichts der Wucht der Umbrüche kommen Fragen auf, was der Treibstoff der Revolution ist – und welche Gefahren diese für Deutschland und Europa bringen könnten.

In der Tat: Die Friedhofsrue Arabiens war für Europa und die westliche Welt machtstrategisch ein Vorteil. Arabische Machthaber waren im Zweifel zunächst auf die Sicherung ihrer Position bedacht – und auf wirtschaftliche Vorteile für sich und ihre Clans. Der gewaltsame Export von Ideologien – etwa der Heilige Krieg zur Verbreitung des Islam („Dschihad“) – kam nicht einmal in politischen Kampfreden vor. Im Gegenteil: Mubarak und Gaddafi empfahlen sich westlichen Ländern vielmehr als Bollwerke gegen einen fanatisierten Islam. Dieser Pragmatismus wurde in Europa und den USA durchaus geschätzt. Gaddafi war Duz-Freund von Italiens Ministerpräsident Berlusconi

und Teilhaber wichtiger italienischer Staatsunternehmen – wie der Großbank Unicredit (Hypovereinsbank) und dem Energiekonzern ENI (Agip). Mubarak wiederum fuhr zur medizinischen Betreuung gern ins romantische Heidelberg. Ein Exil am Neckar wurde erwogen.

So dürfte in den westlichen Hauptstädten wenig Freude geherrscht haben, als der „arabische Frühling“ begann. Manch einer in den Regierungszentralen mag über die Potentaten gedacht haben, wie der frühere US-Präsident Richard Nixon über südamerikanische Caudillos vom Schlage Pinochet oder Noriega: Es mögen Drecksäcke sein, aber es sind unsere Drecksäcke!

Ganz falsch war diese Einstellung nicht. Das Negativbeispiel Irak zeigt: Nach dem Abgang des Tyrannen Saddam Hussein entstand ein Machtvakuum, welches das Land an Euphrat und Tigris ins Chaos – ja in zeitweise Anarchie – stürzte. Morde auf offener Straße, Plünderungen, Terror und die Ausbreitung radikaler Gruppen wie Al-Quaida und der Bewegung des orthodoxen Schiitenpredigers Muqtadah al-Sadr waren unmittelbare Folgen. Die Jahrtausende alte christliche Gemeinschaft im Zweistromland wurde in diesen Jahren durch den Terror der Straße fast vollständig außer Landes getrieben. Noch unter Saddam übten Christen selbst Spitzenpositionen in der Regierung aus. Saddams zeitweiliger Stellvertreter Tarik Asis etwa war Christ.

Eine Befriedung des Irak konnte nur durch massive internationale Militärpräsenz wieder hergestellt werden. Noch heute ruht alle staatliche Ordnung auf den Bajonetten der von den USA ausgebildeten irakischen Armee.

Damit sich der Wandel in der arabischen Welt friedlicher als im Irak vollziehen kann, hätte der Westen von Anfang an aktiv einwirken müssen. Die Symptome des Zusammenbruchs waren lange offensichtlich!

Der arabische Umbruch basiert auf zwei Faktoren: Auf der Tatsache, dass die Bevölkerungen der Länder auf nahezu dramatische Weise jung sind, und darauf, dass diese Millionen junger Leute dieselbe Wirklichkeit erfahren.

Die Mehrheit der Menschen hatte das gesamte Leben lang in

versteinerten Verhältnissen mit immer denselben Machthabern verbracht, die immer die gleichen Methoden anwendeten: brutale Repression, Zensur und Güstlingswirtschaft. Die Eliten trugen die Früchte des ökonomischen Wachstums, sofern vorhanden, zusammen und verweigerten den Menschen die Teilhabe am politischen System. Besonders junge Leute litten unter Perspektivlosigkeit, aber erlebten gleichzeitig, wie Asien, Südamerika und Osteuropa demokratischer wurden.

Dem tieferen Anlass des Aufbruchs kommt die Analyse des Orientalisten Gunnar Heinsohn sehr nahe. Für ihn gilt als Grundgesetz: Die Söhne bringen die Dynamik in die gesellschaftliche Entwicklung, weil sie „Positionen“ erreichen wollen!

Heinsohns Hauptwerk trägt den Titel „Söhne und Weltmacht: Terror im Aufstieg und Fall der Nationen“. Faktisch ähneln seine Thesen einer „Mengenlehre“. Er spricht von „Youth-Bulg“ – das sind Jugend-Ausstülpungen in der Bevölkerungspyramide.

Jemen und Gaza haben ein Durchschnittsalter von 17 Jahren, Tunesien bringt es auf schon sehr „gesetzte“ 30 Jahre, während Ägypten mit 24 Jahren einen Mittelwert einnimmt. Für die Einschätzung der längerfristigen Gewaltpotenziale ist das quantitative Verhältnis der Protestierer zu den von ihnen Bekämpften entscheidend. Ägypten hat in der bislang herrschenden Generation der Fünfzig- bis Vierundsechzigjährigen knapp 4,4 Millionen Männer. Bei den Fünfzehn- bis Neunundzwanzigjährigen aber, die auf den Straßen die Aktivisten waren, traten 12,5 Millionen junge Männer an. Selbst bei Annahme einer Komplettbeseitigung der alten Elite werden für jeden frei werden den Posten mindestens drei junge Männer bereitstehen. Es ist also zu befürchten, dass mit dem Ende der alten Regime nicht das „goldene Zeitalter der Demokratie“ im arabischen Raum anbricht. Vielmehr stehen lange anhaltende Macht- und Rankämpfe bevor.

Dass die Revolution der Jungen keine breitere ideologische oder weltanschauliche Basis hat als die Ablehnung der alten Regime – das wird zusätzlich für Sprengstoff sorgen. Wenn der maximale

Konsens der Volksbewegungen mit „Mehr Zukunft ist gut für uns alle“ beschrieben werden kann, stellen sich zwangsläufig Fragen nach den richtigen Wegen in die Zukunft. Könnte da nicht manch einer auch Zuflucht bei islamistischen Heilslehren suchen, die bisher bei den Revolutionären zwischen Tripolis und Damaskus nicht sonderlich in Mode sind?

Noch geben sich auch die Vertreter islamistischer Gruppierungen betont defensiv. Als zwei islamistische Spitzenfunktionäre, Rashid al-Ghannouchi von der tunesischen Al-Nahda-Bewegung und Kamal El-Helbawy von der ägyptischen Muslimbruderschaft, aus dem Exil zurückkehrten, erklärten beide, sie strebten keine islamistischen Staatswesen an. „Wir müssen einen gemäßigten Islam entwickeln“, sagte El-Helbawy. „Die Muslimbruderschaft darf anderen Ägyptern nicht das Recht absprechen, ihre Meinung zu sagen.“

Skepsis ist ratsam. Es gehört zur Tradition des Islam, sich zu stellen, wenn es religiösen Zielen nutzt. So bezeichnet die „Taqiyya“ (arabisch, Furcht, Vorsicht) die Erlaubnis, bei Zwang oder Gefahr für Leib und Besitz rituelle Pflichten zu missachten. Der Koran erlaubt in Notsituationen sogar die Verleugnung des Glaubens – solange man innerlich am Glauben festhält (Sure 16, Vers 106).

Angesichts des momentanen Strebens der Jungrevolutionäre nach westlichen Idealen wie Freiheit und Massenkonsum dürften islamistische Vorstellungen von einem Leben ohne weltliche Freuden wie Musik, Kino, Fernsehen oder Sport kaum Begeisterung bei jungen Volksmassen finden. Was aber, wenn die erste Begeisterung über die neuen Verhältnisse abgeklungen ist und sich der erhoffte Wohlstand nicht einstellt? Frisst dann die Revolution ihre materialistischen Kinder und es schlägt die Stunde der bärtigen Eiferer? Auszuschließen ist das nicht, wie die Beispiele Iran und Afghanistan zeigen.

Die westlichen Regierungen jedenfalls täten gut daran, die Situation in Nahost ernst zu nehmen; und beim Aufbau stabiler Strukturen zu helfen. Diese Weltregion liegt zu nahe vor unserer Haustür, als dass wir sie ignorieren könnten.

Andreas Kern

Lebendiges Erinnern:

Die Initiative Thomas Veils verdient Unterstützung

Vor wenigen Wochen berichtete die Volksstimme über eine Idee des langjährigen Stadtrates Thomas Veil, in Erinnerung an die Bedeutung des sächsisch-magdeburgischen Rechts für Mitteleuropa in der Elbestadt ein geeignetes Denkmal für das Magdeburger Stadtrecht zu errichten. Als Gründungsvorsitzenden der Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft wurde Thomas Veil bei seinen Überlegungen maßgeblich vom bekanntesten Denkmal des Magdeburger Rechts inspiriert, welches 1802 am Ufer des Dnipro in Kiew eingeweiht wurde.

Man mag darüber streiten, ob ein solches Denkmal allein aus privaten Mitteln oder auch mit öffentlichen Fördergeldern errichtet werden soll. Auch Form und Größe, ja sogar der Standort eines solchen Denkmals mag strittig sein. Doch grundsätzlich sollte jeder Bürger der „Ottostadt“ Magdeburg, der sich Tradition und Geschichte unserer Heimatstadt verpflichtet fühlt, ein würdiges

Denkmal für das Magdeburger Stadtrecht begrüßen.

Umso mehr waren auch viele CDU-Mitglieder überrascht, als in der Volksstimme plötzlich Leserbriefe aus den Reihen der Union auftauchten, die genau dieses Vorhaben grundweg ablehnten und als Begründung auf den seit einigen Jahren praktizierten „Gang des Magdeburger Rechts“ verwiesen. Mir scheint, hier wurden zwei Dinge in Konkurrenz zueinander gestellt, die sich eigentlich gegenseitig befruchten und gemeinsam an fast schon vergessene Zeiten und Traditionen erinnern könnten.

Die erste schriftliche Überlieferung des Magdeburger Rechts finden wir im Privileg von Erzbischof Wichmann aus dem Jahre 1188. Die Bürger und Kaufleute von Magdeburg erhielten so wichtige städtische Freiheiten und die Gerichtsbarkeit für Belange der Stadt. Das ist der entscheidende Unterschied zum bekannten Sachsenspiegel von Eike von Rep-

gow, der wiederum das geltende Landrecht zusammenfasste. Beide Rechtswerke ergänzten sich und verbreiteten sich fortan gemeinsam in wichtigen Handelsorten des Erzbistums, wie Stendal, Halle oder Leipzig. In der Folge wurde der Magdeburger „Schöppenstuhl“ sogar zum Oberhof von hunderten Städten in Polen, Böhmen, Ungarn, dem Baltikum und der Ukraine, darunter auch Breslau, Krakau, Prag, Budapest, Vilnius und Kiew.

Um dieser beeindruckenden Rechtstradition auf lebendige Art und Weise zu gedenken, fand Ende Mai auf Initiative des von Eva Wybrands geleiteten Vereins „Offene Türen“ bereits zum 7. Mal der „Gang des Magdeburger Rechts“ statt. Diesmal zogen rund 60 Schüler aus Magdeburg und dem schlesischen Städtchen Goldberg vom Museum zum Justizzentrum und weiter zum Alten Markt und dem Rathaus. Die Kinder stellten dabei den historischen Zug zum Oberhof nach Magde-

burg nach, wo der „Schöppenstuhl“ einen juristischen Streifall zu lösen hatte. Bereits am nächsten Tag war eine Delegation aus Magdeburg zu Gast in Goldberg, um dort das 800-jährige Jubiläum der Stadtrechtsverleihung zu feiern. Demnächst wird auf Initiative der IHK Magdeburg zudem eine Ausstellung zu Sachsenspiegel und Magdeburger Stadtrecht in Breslau präsentiert. Und es gibt weitere Ideen, diese lebendige Erinnerungskultur auszuweiten.

Wie wäre es, wenn gerade die Magdeburger Christdemokraten die Initiative von Thomas Veil zur Errichtung eines Denkmals des Magdeburger Rechts aufgreifen würden, und dies ganz bewusst als Ergänzung der bestehenden Aktivitäten von IHK und dem Verein „Offene Türen“ sehen und fördern würden? Ganz sicher wäre dieses Projekt auch bedeutsam für die geplante Bewerbung Magdeburgs um den Status einer Kulturhauptstadt Europas.

Thomas Nawrath

Ende Mai fand auf Initiative Eva Wybrands mit dem Verein „Offene Türen“ der „Gang des Magdeburger Rechts“ statt. Es zogen rund 60 Schüler aus Magdeburg und Goldberg vom Museum zum Justizzentrum und weiter zum Alten Markt und dem Rathaus. (Bild unten)

Stadtrechts-Denkmal in Kiew (Bild rechts).

Fotos: Thomas Nawrath



Dr. Michael Lehmann im Amt bestätigt Ortsverband Mitte setzt auf konsequente Verjüngung

Am 24. Mai wählte der CDU-Ortsverband Mitte turnusgemäß einen neuen Vorstand. Wiedergewählt zum Vorsitzenden des mit über 100 Mitgliedern größten CDU-Ortsverbandes in der Landeshauptstadt wurde der Ministeriumsmitarbeiter Dr. Michael Lehmann. Zu seinen Stellvertretern wurden die Studentin Freya Gergs und Unternehmer Ronald Bahrs gewählt. Dem Vorstand gehören daneben noch die Beisitzerinnen Franziska Rothenberg und Christina Schwarz sowie die Beisitzer Nick Baumann, Thomas Bestrich, Steffen Czerwinski, Lars Frohmüller, Tino Kanicke und Matthias Stübig an.

Zu den Ergebnissen der Wahl erklärt der wiedergewählte Ortsverbandsvorsitzende Dr. Michael Lehmann: „Es freut mich das es gelungen ist bei der Wahl eine Verjüngung des Vorstandes zu erreichen. So sind knapp die Hälfte der Vorstandsmitglieder unter 35 Jahre alt. In der zukünftigen Ortsverbandsarbeit wollen wir noch stärker als bisher Ansprechpartner für die Bürger sein.“



Die neue Vorstand der CDU-Ortsverbandes Mitte: Tino Kanicke, Franziska Rothenberg, Nick Baumann, Vorsitzender Dr. Michael Lehmann, Matthias Stübig, Christina Schwarz, Thomas Bestrich, Freya Gergs, Lars Frohmüller, Ronald Bahrs und der CDU-Kreisvorsitzende Tobias Krull (v.l.n.r.). Es fehlt Steffen Czerwinski. Foto: Doris Memmler

Seine Stellvertreterin Freya Gergs ergänzt: „Die Spielplätze in Stadtfeld müssen sauberer werden. Daher will ich für mehr öffentliche Mülleimer kämpfen. Aber auch die Jugendlichen müssen sensibilisiert werden, die öffentlichen Plätze für ihre Mitmenschen sauber zu halten. Ebenso muss das Parkplatzpro-

blem angegangen werden, hier wollen wir Vorschläge für bessere Parkmöglichkeiten erarbeiten“

„Als Unternehmer der sein Geschäft im Breiten Weg hat, liegt mir die Entwicklung der Innenstadt besonders am Herzen. Unsere Stadt braucht ein lebens- und liebenswertes Zentrum. Sowohl für die Bürger unserer

Stadt als auch für die Besucher aus Nah und Fern“, ergänzt der stellv. Vorsitzende Ronald Bahrs.

Der anwesenden CDU-Kreisvorsitzende Tobias Krull gratulierte allen Gewählten und machte deutlich, dass die Präsenz vor Ort für eine erfolgreiche Arbeit der Union unabdingbar ist.

Doris Memmler

Tim Liebe ist Ortsverbands- vorsitzender

Der Ortsverband „Am Neustädter Feld“ hat vor kurzem einen neuen Vorstand gewählt.

Zum neuen Vorsitzenden wurde der Landesbeamte Tim Liebe gewählt. Der ehemalige Vorsitzende Gerhard Häusler nimmt nun die Position des Stellvertreters ein und will sich verstärkt auf seine Arbeit im Seniorenbeirat konzentrieren. Zweiter Stellvertreter ist Rolf-Dieter Weske. Mit den Beisitzern Carsten Bartels, Peter Meisner, Dirk Melzer und Ralph Tyszkiewicz wird die Führung des Ortsvorstandes vervollständigt.

Der Vorstand hat sich vorgenommen, seine Vor-Ort-Arbeit weiter zu forcieren und sich als Ansprechpartner für die Anliegen und Anfragen der Bürger weiter zu profilieren.

Vorstandswahl der CDU Magdeburg-Südost

Turnusgemäß hat der CDU-Ortsverband Magdeburg-Südost seinen Vorstand neu gewählt. Die Wahl wurde von der Kreisgeschäftsführerin Doris Memmler geleitet.

Zum Vorsitzenden des Ortsverbandes wurde erneut Stadtrat Andreas Schumann gewählt, der im Hauptberuf als Musiker am Theater der Landeshauptstadt tätig ist. Als seine Stellvertreter wurden der Bankangestellte Daniel Gerlich und der Versicherungsfachmann Bernd Lange bestätigt. Alle Kandidaten wurden einstimmig gewählt.

Gast der Ortsverbandssitzung war der Landtagsabgeordnete Dieter Steinecke, der dem neuen Vorstand mit auf dem Weg gab, in Magdeburg-Südost verstärkt Flagge zu zeigen. Zudem würdigte er die gute Entwicklung, die die Stadtteile im Magdeburger Südosten sowie Beyendorf-Sohlen in den vergangenen Jahren genommen haben. Dazu gehört auch die Wiederbelebung des Stadtteilzentrums

von Salbke mit dem Lesezeichen, dem Bürgerhaus Alte Schule, der sanierten Grundschule und der bevorstehenden Einweihung des Lapidariums an der restaurierten Kirche St. Gertraud.

Der ebenfalls anwesende CDU-Kreisvorsitzende Tobias

Krull gehörte zu den ersten Gratulanten. Er machte klar, dass nun die Union vor Ort gefordert ist um das Vertrauen der Menschen vor Ort zu werben und sich als Bürgerpartei im besten Wortsinne zu profilieren.

Thomas Nawrath



Ehrennadel des Landes für Joachim Marckstadt



Der Bundesvorsitzende des Verbandes der Opfer des Stalinismus Johannes Rink (links) bei der Verleihung der Ehrennadel des Landes Sachsen-Anhalt an Joachim Marckstadt, der für seine ehrenamtliche Arbeit bei der Aufarbeitung des DDR-Unrechtsregimes geehrt wurde.

Foto: Tobias Krull

Am 24. Mai 2011 wurde in den Räumen der Gedenkstätte Moritzplatz dem 74jährigen CDU-Mitglied Joachim Marckstadt die Ehrennadel des Landes Sachsen-Anhalt verliehen.

Die Abteilungsleiterin im Landesverwaltungsamt Dr. Annetkatrin Preuß, die die Auszeichnung im Namen des Ministerpräsidenten überbrachte, würdigte das ehrenamtliche Engagement des Geehrten.

Er gehörte bis zu seiner

Verhaftung im Jahre 1958 der Widerstandsgruppe Eisenberger Kreis an, die in Ostthüringen mit verschiedensten Aktionen gegen das DDR-Unrechtsregime protestierte. Dafür wurde er zu einer fünfjährigen Haftstrafe verurteilt, von der er drei Jahre absitzen musste. Auch nach seiner Entlassung überwachte ihn das Ministerium der Staatssicherheit und er war verschiedenen Repressalien ausgesetzt. Nach der friedlichen Revolution wurde er vollständig rehabilitiert.

Seit Mitte der neunziger Jahre engagiert er sich in verschiedenen Opfernverbänden und berichtet als Zeitzeuge über seine persönlichen Erfahrungen während der DDR-Zeit. Zu den Gratulanten für diese, mehr als verdiente Auszeichnung, gehörte u.a. der Bundesvorsitzende des Verbandes der Opfer des Stalinismus Johannes Rink, von der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt Dr. Sascha Möbius sowie der CDU-Kreisvorsitzende Tobias Krull.

Tobias Krull

Führungswechsel in Fachausschüssen

Zur fachlichen Auseinandersetzung mit den verschiedensten Themengebieten hat der CDU-Kreisverband Magdeburg Kreisfachausschüsse gebildet. Bei zwei von ihnen gab es nun einen Wechsel an der Spitze. So übernahm die angehende Lehrerin Juliane Becker die Leitung des Kreisfachausschusses Schulbildung, Berufsbildung, Erwachsenenbildung. Bei den anstehenden Aufgaben kann Sie auf einen reichen Erfahrungsschatz u.a. durch ihre Arbeit bei einem freien Bildungsträger zurückgreifen.

An dieser Stelle Dank an Dr. Dietrich Lührs, der die Leitung aus beruflichen Gründen abgegeben hat. Den Kreisfachausschuss Umwelt leitet nun Stadtrat Daniel Kraatz. Er ist auch umwelt- und energiepolitischer Sprecher der CDU/BfM-Fraktion im Rathaus.

Wer an der Mitarbeit in den Kreisfachausschüssen interessiert ist, kann sich jederzeit an die CDU-Kreisgeschäftsstelle wenden.

Tobias Krull

Ihr Partner für Schönheit und Schutz

39245 Gommern, Brauhausstr. 24
www.maler-zahn.de





Maler Zahn GmbH



039200 40000







alter Zustand des Hauses

während der Dämmungsarbeiten

kurz vor der Fertigstellung

Auswertung der Grabungsfunde noch in der Schwebelage: Voraussetzungen für Dommuseum schaffen

Von 2006 bis 2010 lief die archäologische Forschungsgrabung im Magdeburger Dom und seiner unmittelbaren Umgebung, einige Jahre zuvor gab es eine weitere Kampagne unter Leitung von Grabungsleiter und CDU-Mitglied Rainer Kuhn auf dem Domplatz. Die Gesamtkosten dieser aufwendigen wissenschaftlich und kulturell höchst spannenden Arbeiten summierten sich dabei auf einen siebenstelligen Euro-Betrag. Allein schon das enorme Medieninteresse im In- und Ausland nach der Wiederentdeckung des Sargs von Königin Editha, der ersten Gemahlin des späteren Kaisers Otto des Großen, belegen die Sinnhaftigkeit des Projektes.

„Innerhalb der letzten zehn Jahre förderten wir rund 9000 Befunde mit mehr als 100.000 Fundstücken zu Tage, darunter allein fast 260 Gräber“, erläutert Projektleiter Kuhn. Hinzu kommen etwa 2000 Zeichnungen und weit über 40.000 Fotos zur Dokumentation der Grabungen und Fundstücke. „Wir Archäologen wollen ja nicht immer nur buddeln, jetzt steht erst mal die Aufarbeitung der Fundstücke an“, so Kuhn. Dafür hat der Stadtrat der Landeshauptstadt im Dezember 2010 einen wegweisenden Beschluss gefasst und dem Team um Rainer Kuhn ein dauerhaftes Quartier am Lorenzweg gesichert. Andernfalls hätten die 14 Lkw-Ladungen mit Umzugskartons und großformatigen Objekten zu Jahresbeginn die Reise ins Landesamt für Archäologie und Denkmalpflege in Halle angetreten.

„Mit den Ergebnissen der

Grabungen sind wir zufrieden. Man kann sogar sagen, dass etliche Befunde geradezu sensationell sind. Und da denke ich gar nicht so sehr an den Bleisarg Edithas aus dem 16. Jahrhundert“, erläutert der Archäologe. „Für die Wissenschaft bedeutsamer ist sicherlich, dass wir wohl auch den schlichten Steinsarg gefunden haben, in dem die Königin 946 bestattet wurde. Außerdem stießen wir auf mehrere Erzbischofsgräber, darunter ein bis dahin unberührtes gemauertes Grab, vermutlich von Erzbischof Wichmann, dem Berater Kaiser Barbarossas.“ Auch die mächtigen Turmmauern im Westen des ottonisch-romanischen Doms des 11./12. Jahrhunderts und Reste der Ostkrypta sind für die Forscher wertvolle Entdeckungen.

Eigentlich hatte Kuhn gehofft, dass er für die Aufarbeitung der Funde mehrere der erfahrenen Grabungshelfer an seiner Seite hätte. Doch trotz mehrfacher Intervention durch Kuhn selbst sowie durch den Landtagsabgeordneten Dieter Steinecke beim jetzigen Kultusminister (SPD) und seiner Vorgängerin (CDU) stehen ihm bisher nur zwei 1-Euro-Kräfte zur Verfügung. Erst im Juni wurde die vom Land zugesagte Grabungshelferin eingestellt. Damit ist das Team eigentlich zu klein, um die Vielzahl der Fundstücke und Bild dokumente für die wissenschaftliche Auswertung vorzubereiten.

„Die jetzige Situation ist sehr unbefriedigend. Wenn ein Projekt dieser Qualität und Größe nur noch auf Sparflamme kocht, dann ist das kritisch zu hinterfragen“, sagt Kuhn. Schließlich habe der



Foto: Birgit Uebe

Steuerzahler auch ein Recht, die Ergebnisse der Grabungen selbst in Augenschein zu nehmen. Doch bisher wurde vom zuständigen Landesamt der Antrag auf Fördermittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zur wissenschaftlichen Auswertung noch gar nicht gestellt. Erst wenn die hier geplanten etwa zwei bis vier Millionen Euro bereit stehen, kann Kuhns Team auf 10 bis 15 Mitarbeiter aufgestockt werden. Und diese Auswertung ist notwendig, um Fundstücke aus dem Dom der Öffentlichkeit zu präsentieren.

„Am besten wäre dazu das

vor gut zwei Jahren beschlossene Dommuseum in unmittelbarer Nähe des Domplatzes geeignet“, sagt Kuhn. Und dort sollten möglichst alle Funde vom Domplatz und aus dem Dom – einschließlich älterer Grabungskampagnen – ausgestellt werden. „Damit wir den Wissenshunger der Magdeburger und ihrer Gäste befriedigen können, braucht das Dommuseum aber auch einen entsprechenden Mitarbeiterstab und eine auf die Zukunft ausgerichtete finanzielle Absicherung“, steckt der Experte bereits die nächsten Aufgaben ab.

Thomas Nawrath



Knochenfunde im Magdeburger Dom (linkes Bild) und das entdeckte Grab des Erzbischofs Wichmann.

Fotos: Thomas Nawrath



Union Magdeburg räumte auf

Bereits zum sechsten Mal in Folge beteiligte sich die Junge Union Magdeburg an der Aufräumkampagne „Magdeburg putzt sich“.

In diesem Jahr waren erneut das Kriegerdenkmal in Alt-Fermersleben und der angrenzenden Kinderspielplatz Ziele der Jugendorganisation. „Wir wollen nicht nur über eine lebenswerte Stadt sprechen, sondern sie auch aktiv gestalten helfen. Daher beteiligen wir uns sehr gerne an dieser Aktion“, erklärt die JU-Kreisvorsitzende Freya Gergs. Aufgefallen waren vor allem die großflächigen Schmierereien auf dem Spielplatz und am Kriegerdenkmal in der Friedrich-List-Straße. Diese sollen nun von der

Stadtreinigung entfernt werden, forderte die JU. Diesem Wunsch ist die Stadtverwaltung in der Zwischenzeit nachgekommen.

Sechs große 120-Liter-Müllsäcke mit Verpackungsresten, Zigarettenstummeln und Bierflaschen entfernten die Magdeburger JU-Mitglieder gemeinsam mit dem CDU-Kreisvorsitzenden Tobias Krull vom Kinderspielplatz und dem Kriegerdenkmal. Das Kriegerdenkmal in Alt-Fermersleben ist den im Ersten Weltkrieg gefallenen Soldaten aus Fermersleben gewidmet. Die Junge Union Magdeburg nimmt als einzige politische Jugendorganisation regelmäßig an der Aktion teil.

Alexander Schröder



Auch in diesem Jahr organisierte der DGB aus Anlass des Internationalen Tages der Arbeit am 1. Mai eine Veranstaltung. Im Gegensatz zu den Vorjahren fand sie diesmal auf dem Alten Markt statt. Selbstverständlich beteiligten sich der CDU-Kreisverband, der Magdeburger Kreisverband der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, die Fraktion CDU/Bund für Magdeburg im Stadtrat und die Junge Union mit einem gemeinsamen Infostand.

Neben den Magdeburger

CDU-Landtagsabgeordneten sowie Stadtratsmitgliedern stand auch die Ministerin für Wissenschaft und Wirtschaft Prof. Dr. Birgitta Wolff für Bürgergespräche vor Ort zur Verfügung.

In Anbetracht der Besucherströme, die noch im vergangenen Jahr zu verzeichnen waren, als die Veranstaltung im Stadtpark parallel zu einem dortigen Volksfest stattfand, ist eine Rückverlegung dorthin für das kommende Jahr anstrengenswert.

Renate Röhr

„Sudenburg – Schönster Stadtteil Magdeburgs mit Wohlfühloase?“

Der Einladung des CDU-Ortsverbandsvorsitzenden Michael Hoffmann zu einem Frühjahrsspaziergang entlang der Halberstädter Straße waren Vertreter des Tiefbauamtes und des Stadtordnungsdienstes sowie zahlreiche Interessierte, darunter der Ratsfraktionsvorsitzenden Wigbert Schwenke MdL, gefolgt. Dabei wurden die schönen und die weniger schönen Seiten anschaulich diskutiert.

Bereits jetzt sind erste Lösungen für verschiedene Probleme

avisierd bzw. schon erledigt. Dazu gehörten die Dreckecken am Eiskellerplatz oder die Stolperfalle an der Ecke Klausenerstraße und Halberstädter Straße.

Der Ortsverbandsvorsitzende und Stadtrat Michael Hoffmann regte unter anderem an, das Trafohäuschen am Eiskellerplatz abzureißen und dort eine Wohlfühloase für die Sudenburger und deren Gäste in Form eines kleinen Parks mit Sitzbänken und viel Grün zu gestalten. Außerdem sollte geprüft werden, ob viel-

leicht die Interessengemeinschaft Sudenburg im nächsten Jahr eine Aktion startet, um die „Halber“ mit Blumenampeln und Blumenübeln zu vergrünen. Auf Privatinitiative könnte dies geschehen, weil wegen der Leitungsdichte keine weiteren Bäume gepflanzt werden können.

Ergebnis ist auch, dass das unsägliche Thema „Goldener Löwe“ von den Verwaltungsmitarbeitern ebenso, wie von den weiteren anwesenden Interessierten beurteilt wird, dass hier wieder

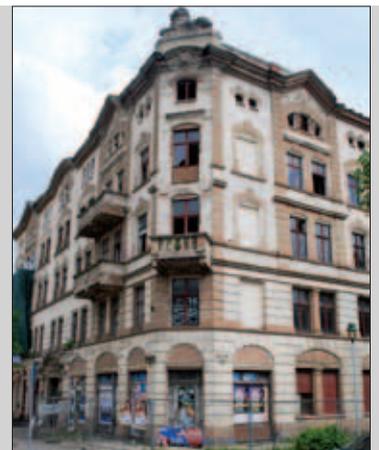
einmal dringend das Bauordnungsamt die Verkehrssicherung prüfen sollte.

Zusammengefasst:

In Sudenburg, dem schönsten Stadtteil Magdeburgs, fühlt man sich wohl. Das soll auch so bleiben. Es soll noch grüner werden. Die Eigentümer und Vermieter sollten ebenfalls ein Interesse an einem gepflegten Aussehen ihrer Straße haben und sind daher gefordert, auch in Hinsicht umgehender Wiedervermietungen von Ladenzeilen. Michael Hoffmann



Anfang Mai lud der Ortsverbandsvorsitzende von Sudenburg Michael Hoffmann zu einem „Frühjahrsspaziergang entlang der Halber“, ein. Bild unten: eine der zahlreichen Schmutzecken, Bild rechts: Der Goldene Löwe.



Senioren Union diskutierte Heimgesetz und besuchte Zoo



Gerhard und Helga Janke sind bereits über 70 Jahre alt und trotz Prothese immer noch gern bei einem Zoobesuch mit der SU dabei.
Fotos: Gerhard Häusler

Trotz nicht all zu positiver Wettervorhersagen blieb man bei der SU dem Jahresplan 2011 treu und lud zum Zoobesuch ein.

Da in der letzten Zeit einiges im Zoo sich verändert hat und nicht jeder regelmäßig ihn besucht, wollten sich die Senioren

hier um diese Jahreszeit über das Geschehen informieren. Günstig war auch, dass wir die Fütterungszeit gewählt hatten und so Tiere hierbei beobachten konnten. Es war sehr angenehm die Tiere in ihren weitläufigen Gehegen mit viel Grün leben zu sehen. Sehr schön machen sich in den einzelnen Gehegen die Abgrenzungen, wozu vorrangig Naturmaterialien eingesetzt werden, wie große Steine, Baumstämme oder Wassergräben. Es gibt selbstverständlich auch Absperrungen aus anderen Materialien, aber zum großen Teil verdeckt. Schön war auch das Schneeleopardengehege. Hier ist die Kombination von Holz und Sichtscheiben sehr gut gelöst.

Man kann viel schreiben über unseren Zoo, wobei noch nicht alles perfekt ist, aber er ist auf jeden Fall einen Besuch wert. Zeit und Wille zum Entspannen sollte man hierbei ruhig mitbringen, um die herrlichen Anlagen wahrnehmen



und genießen zu können.

Übrigens kann man auch gut mit der Straßenbahn hinkommen, ob über die Kastanienstraße oder vom Neustädter Platz (Salvador Allende Straße) aus, der Eingang ist nicht viel weiter entfernt.

Es ist nicht nur der Besuch einer städtischen Einrichtung

den die Senioren Union in ihr Programm aufgenommen hat, sondern im vorigen Monat war auch Herr Peter Rotter, Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt, Gast und informierte ausführlich bei anschließender Diskussion über das neue Heimgesetz in Sachsen-Anhalt. Gerhard Häusler

Wir gratulieren recht herzlich

im April zum

- 90. Geburtstag Melitta Schleh
- 87. Geburtstag Hildegard Rogat
- 78. Geburtstag Horst Hollubetz
- 74. Geburtstag Dr. Werner Fiedler
- 73. Geburtstag Hans-Albert Didszonat
- 70. Geburtstag Ronhald Schabanoski
- 69. Geburtstag Ingrid Fink
- 69. Geburtstag Thomas Veil
- 69. Geburtstag Eberhard Seifert
- 69. Geburtstag Prof. Dr. Wolfgang Dippe
- 68. Geburtstag Rosita Schmidt
- 68. Geburtstag Bernd Jacobs
- 68. Geburtstag Karl-Heinz Suder
- 67. Geburtstag Bernd Bollig
- 67. Geburtstag Andreas Krafczyk
- 67. Geburtstag Petra Schubert
- 67. Geburtstag Hermann Deckbar
- 66. Geburtstag Gisela Melzer

im Mai zum

- 89. Geburtstag Magdalena Ruden
- 83. Geburtstag Günther Hoff
- 76. Geburtstag Günter Szomm
- 73. Geburtstag Wolfgang Rausch
- 72. Geburtstag Dr. Christoff Gastmann
- 69. Geburtstag Reiner Sunkowski
- 69. Geburtstag Detlef-Jürgen Karasinski
- 68. Geburtstag Roswitha Gerber
- 68. Geburtstag Anne-Kathrin Berger
- 65. Geburtstag Brigitte Latton
- 65. Geburtstag Alexander Large

im Juni zum

- 92. Geburtstag Ilse Häusler
- 81. Geburtstag Joachim Vogt
- 79. Geburtstag Erich Willi Lüderitz
- 73. Geburtstag Fritz Stock
- 72. Geburtstag Reiner Riegg
- 70. Geburtstag Christa Müller
- 67. Geburtstag Peter Ziechner

Vertriebene leiden noch immer unter ihrem Schicksaal

Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung (OMV) setzt sich sehr aktiv dafür ein, Kontakte mit den Menschen herzustellen, die das schwere Schicksal von Flucht und Vertreibung erleiden mussten, um ihnen unsere Verbundenheit nahe zu bringen, aus menschlichem Gefühl heraus, aber auch als Ausdruck der Vertriebenenpolitik der CDU.

Dieser Abend mit den Russlanddeutschen am 29. April im Beratungsraum des CDU-Landesverbandes war bereits die sechste Veranstaltung, die die OMV mit den verschiedenen Landsmannschaften der Vertriebenen durchgeführt hat.

Wie immer war der Abend mit 20 Besuchern gut ausgelastet, darunter erfreulicher Weise auch die Vertriebenensprecherin der CDU-Landtagsfraktion Brigitte Take, der CDU-Kreisvorsitzende

Tobias Krull, Staatssekretärin Anne-Marie Keding, Stadtrat Hubert Salzborn sowie der Geschäftsführer der CDU-Stadratsfraktion Reiner Gurcke.

Der Abend verlief in herzlicher Atmosphäre, dazu trugen nicht nur die Getränke und das von den Mitgliedern der OMV liebevoll gestaltete Büfett bei, sondern auch die Gesänge von unseren russlanddeutschen Landsleuten von altdeutschen Volksliedern, die man schon verschollen glaubte.

Der OMV-Vorsitzende Enrico Schleef hatte sich intensiv auf seinen Vortrag über die Geschichte der Russlanddeutschen vorbereitet und wurde zum Dank mit herzlichem Beifall belohnt. In der anschließenden Diskussion schilderten einige Besucher ihre persönlichen Schicksale, die zum



Teil mit traumatischen Erlebnissen verbunden waren, die Mitleid und Betroffenheit auslösten.

Die Besucher brachten u.a. zum Ausdruck, dass sie das Bemühen in der Politik der CDU, ihnen das Einleben in der neuen Heimat zu erleichtern, sehr wohl sehen

und begrüßen, jedoch belasten sie die schleppende staatliche Anerkennung ihrer persönlichen Qualifikation und ihrer erworbenen Abschlüsse. In diesem Fall konnten wir darauf hinweisen, dass seit Mai diesen Jahres gesetzliche Erleichterungen dazu in Kraft traten.

Einheitliche Stresstests für AKW und wettbewerbsfähige Strompreise



*Dr. Horst Schnellhardt,
Mitglied des Europäischen
Parlaments*

Die deutschen Europaabgeordneten der CDU/CSU haben sich kürzlich mit Energiekommissar Günther Oettinger in Straßburg getroffen, um die zukünftige Energiepolitik der Europäischen

Union zu diskutieren. Einigkeit besteht darüber, dass die Sicherheit von Kernkraftwerken in Europa anhand strenger Stresstests überprüft werden muss. „Die Stresstests müssen alle möglichen externen Einwirkungen beinhalten. Dabei brauchen wir eine europaweit einheitliche Prüfpraxis. Eine rein nationale Durchführung ohne Vergleichbarkeit wird nicht reichen“, sagte der Europaabgeordnete Dr. Horst Schnellhardt.

„Wir unterstützen die Forderung Oettingers, mehr „Europa“ bei der Sicherheit von Kernkraftwerken zuzulassen. Die Mitgliedstaaten werden Kompetenzen an die EU abgeben müssen, denn Sicherheit macht nicht an Grenzen halt“,

so Schnellhardt.

„In Deutschland verfügen wir über höchste Standards bei der Sicherheit von Atomkraftwerken. Der geplante Atomausstieg wird im Zweifel aber dazu führen, dass vermehrt Atomstrom aus anderen Ländern importiert wird. Strenge Stresstests sind damit in unserem eigenen Interesse“, betont der Europaabgeordnete. „Wenn wir aber keinen Atomstrom haben wollen, müssen wir uns heute überlegen, welche Alternativen zum Atomstrom realistisch sind. Erneuerbare Energien allein werden den Wegfall der Energie aus unseren Atomkraftwerken nicht ersetzen können, weil für den Transport und die Einspeisung der dezentral erzeugten

erneuerbaren Energien neue Infrastrukturkapazitäten gebraucht werden. Der Ausbau der Stromnetze ist eine der größten europäischen Infrastrukturherausforderung der kommenden Jahre und nicht von heute auf morgen zu realisieren.“

Mehr Realismus und weniger Populismus sollten schnellstens in die Diskussion einziehen. „Bei Besuchen in Betrieben in Sachsen-Anhalt, z.B. bei den energieintensiven Unternehmen des Chemieparks Bitterfeld, habe ich die Sorge vernommen, dass steigende Strompreise die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gefährden. Das muss unbedingt beachtet und verhindert werden“, so Schnellhardt abschließend.

KPV wählte neuen Vorstand

Der Magdeburger Kreisverband der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU (KPV) wählte am 24. Mai einen neuen Vorstand. Zum neuen Kreisvorsitzenden wurde der 59jährige Stadtrat Reinhard Stern gewählt. Zu seinem Stellvertreter wurde Michael Heendorf bestimmt. In seinem Amt des Schriftführers wurde Herbert Becker bestätigt. Der Vorstand wird durch die beiden Beisitzer Michael Otto und Stadtrat Hubert Salzborn vervollständigt.

Die Kommunalpolitische Vereinigung versteht sich einerseits

als Interessenvertreter der kommunalen Mandatsträger der Union und an der Kommunalpolitik interessierter Dritter. Andererseits werden die politischen Interessen der Kommunen gegenüber anderen politischen Ebenen, Vereinen und Verbänden vertreten.

An der Versammlung nahmen auch der Vorsitzende der Fraktion CDU/Bund für Magdeburg im Stadtrat der Landeshauptstadt Stadtrat Wigbert Schwenke MdL sowie der CDU-Kreisvorsitzende Tobias Krull teil. Beide sind selbstverständlich auch KPV-Mitglieder.

Doris Memmler



Michael Otto, Stadtrat Hubert Salzborn, KPV-Kreisvorsitzender Reinhard Stern, Michael Heendorf, Fraktionsvorsitzender Wigbert Schwenke MdL und Herbert Becker (v.l.n.r.)

Foto: Tobias Krull



„Alle Reden vom Wetter“, lautete in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts ein Werbespruch der (West-) Deutschen Bundesbahn. Das Wetter ist immer noch beliebter Gesprächsstoff. Medien und Politik kennen aber spätestens seit dem Erdbeben und der Atomkatastrophe in Japan vor allem ein Leitthema: Die Energiewende und das Ende des Atomzeitalters in Deutschland.

Dass Kernenergie in Deutschland ein Auslaufmodell ist – das stand zumindest in Deutschland schon vor den Ereignissen in Fukushima fest. Die im vergangenen Jahr beschlossene Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke (KKW) um durchschnittlich zwölf Jahre stand unter dem Zieldreieck, sowohl die Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit zu gewährleisten.

Dazu wurden u. a. das Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ und das „Kernbrennstoffsteuergesetz“ beschlossen, die einen wirtschaftlich neutralen Umstieg zu einer hauptsächlich regenerativen Stromversorgung mitfinanzieren sollten. Das Kernbrennstoffsteuergesetz sollte Einnahmen von 2,3 Mrd. Euro pro Jahr ohne Zweckbindung für den Bundeshaushalt zur Verfügung stellen, daraus sollten u. a. Aufwendungen für Weiterbetrieb und Stilllegung der Schachtanlage Asse II gedeckt werden. Der eingerichtete Energie- und Klimafonds sollte für die Jahre 2011/2012 mit 300 Mio. Euro und für den Zeitraum 2013 bis 2016 mit 200 Mio. Euro Maßnahmen für eine umweltschonende Energieversorgung unterstützen.

Vor dem Hintergrund der Katastrophe in Fukushima hat die Bundesregierung ein Moratorium beschlossen, um alle Kernkraftwerke einer zusätzlichen Sicherheitsprüfung zu unterziehen. Die Reaktorsicherheitskommission (RSK) hat neue Sicherheitskriterien erstellt, so sollen etwa die „Robustheitsgrade“ gegen „Hochwasser, Notkühlsysteme und zivilisatorische Risiken wie einen terroristischen Flugzeugangriff“ (BMU-PM) geprüft werden.

Dazu wurden die sieben ältesten Kernkraftwerke mit einer Nettoleistung von knapp neun Gigawatt (GW) umgehend abgeschaltet, die entweder einen

geringen baulichen Schutz bzw. sogar keinen Schutz bieten.

Als gesichert kann bisher nur festgestellt werden, dass keines der Kernkraftwerke den mechanischen und thermischen Schutzgrad III, Absturz eines großen Verkehrsflugzeuges, nachweisen kann.

Würden solch extreme Katastrophenszenarien früher allenfalls als Stoff für einen mittelprächtigen amerikanischen Horrorthriller angesehen, so hat Fukushima ein Umdenken gefordert. Die Verkettung unwahrscheinlichster Ereignisse kann eintreten – und zu einer nuklearen Katastrophe führen. Und dies nicht nur in randständigen Entwicklungsländern oder obskuren Diktaturen mit autoritären Herrschern – sondern in einem demokratischen High-Tech-Staat wie Japan.

Aus diesem Grund gibt es auch ein Umdenken innerhalb der Bundesregierung. Jedoch wäre es unverantwortlich, von heute auf morgen alle Reaktoren abzuschalten – und sich darauf zu verlassen, dass der Strom schon aus der Steckdose kommt. Zu hoch ist der Anteil der Kernenergie an der gesamten Stromerzeugung in Deutschland, als dass er problemlos durch andere Verfahren ersetzt werden könnte.

Inzwischen hat sogar die Internationale Energieagentur (IEA) Deutschland vor einem Alleingang beim Atomausstieg gewarnt. Im Interesse der Region sollte Deutschland eine gemeinschaftliche Entscheidung in der EU anstreben, sagte der Chef der Agentur, Nobuo Tanaka, der „Financial Times Deutschland“. Sonst würden Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit in ganz Europa geopfert.

Die Grundentwicklung der Energiewende ist absehbar: Nach Berechnungen des Essener Forschungsinstitutes RWI wird sich der Anteil der Erneuerbaren Energien bei den Stromlieferungen bis 2020 fast verdoppeln. Doch auch Steinkohle- und Gaskraftwerke müssen deutlich mehr arbeiten. Von dem 22,4 Prozent-Anteil, der bisher aus Kernenergie kommt, übernehmen dieser Rechnung zufolge die Erneuerbaren Energien etwas weniger als die Hälfte, den Rest decken überwiegend Kraftwerke mit fossilen Brennstoffen ab.

Die entscheidende Frage nach

dem Wann kann hingegen aus technischer Sicht nur seriös beantwortet werden, wenn die Versorgungssicherheit ohne Kernenergie gewährleistet ist. Selbstverständlich muss auch die Wirtschaftlichkeit mit betrachtet werden, aber die Kosten eines katastrophalen Unfalls (INES 7 sogenannter „Super GAU“) sind wesentlich höher, als sämtliche Kostenvorteile der Kernenergie. Zumal der Staat bei einer solchen Katastrophe den Großteil der Kosten tragen muss. Daher hat Bundeskanzlerin Angela Merkel einen Ausstieg mit Augenmaß gefordert.

Zu Recht! Zwar ist eine Gesamtkraftwerksleistung mit weit über 152 GW installiert, allerdings können die Erneuerbaren Energien nicht zu jedem Zeitpunkt eine gesicherte Leistung bereitstellen. Bei der Windkraft geht die Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) von einer Grundlastfähigkeit von lediglich sechs Prozent aus, das entspricht etwa der Leistung eines einzigen großen Kernkraftwerks. Daher rechnen die Übertragungsnetzbetreiber in den Wintermonaten – bei schwacher Sonneneinstrahlung und mäßigen Windgeschwindigkeiten – damit, dass es zu Engpässen in der elektrischen Energieversorgung kommen kann. Hintergrund hierbei ist weniger die tatsächlich installierte Leistung bzw. die bereitgestellte Energie, sondern dass in Deutschland ein Nord-Süd Gefälle der Lastverteilung vorhanden ist.

Im Norden wird nahezu vollständig die Windenergie gewonnen, wohingegen im Süden ein Großteil der Energie verbraucht wird. Mit der Konsequenz, dass bei Abschaltung von Kernkraftwerken im Süden wegen der begrenzten Kapazitäten der Übertragungsnetze möglicherweise nicht ausreichend Energie transportiert werden kann. Erschwerend kommt hinzu, dass Frankreich im Winter zu einem großen Teil elektrisch heizt und dadurch keinen Strom nach Deutschland exportieren kann. Daher ist es erforderlich, dass auch der Ausbau der Höchstspannungsebene in Berlin koordiniert wird, ansonsten wird sich der Leitungsbau weiter verzögern und die Netzanbindung der künftigen Offshore-Windparks erschweren.

Sicherlich hat Deutschland die Möglichkeit, die Energiewen-

de erfolgreich zu gestalten, aber man muss den Bürgern erklären, dass dies nicht zum „Null-Tarif“ zu haben ist. Hohe Kosten sind zu erwarten.

Das Leitszenario des Bundesumweltministeriums schätzt die Investitionskosten innerhalb der nächsten 40 Jahre auf über 1.450 Mrd. Euro. Derzeit werden die Investitionskosten für den Ausbau der Erneuerbaren Energien vorwiegend über eine Umlage gestemmt. Folglich beträgt die EEG-Umlage derzeit 3,5 Cent/kWh für das Jahr 2011. Die Tendenz ist steigend, da jede neue Anlage bis zu 20 Jahre gefördert wird. Damit wird der geförderte Sockel jedes Jahr höher. Der Umbau der Energiewende wird sich erst später – über die voraussichtliche Kostensteigerung der konventionellen Energieträger amortisieren.

Die Mehrheit der Bevölkerung spricht sich trotz steigender Kosten für einen schnelleren Atomausstieg aus. Spätestens wenn der eigene Arbeitsplatz in einem energieintensiven Unternehmen zur Disposition steht, wird sich die tatsächliche Bereitschaft zur Energiewende herausstellen.

Hier werden dann auch grüne Befürworter Farbe bekennen müssen. Denn, während Spitzenpolitiker der Grünen in Sonntagsreden die Energiewende fordern, huldigt die Basis vielen Orts „St. Florian“ – dem Schutzheiligen der Kirchturmdenker. Im Zweifel sind lokale Bürgerbewegte oft gegen den Bau von Leitungen und Pumpspeicherwerken – und für das schöne Leben des Schweinswals – den der Bau von Off-Shore-Anlagen in der Ostsee vielleicht in seinem Wohlbefinden stören könnte. Ein Leidtragender könnte ausgerechnet Deutschlands erster grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann sein, dessen Parteifreunde gegen ein Pumpspeicherwerk im Schwarzwald opponieren.

Wer die Energiewende will, muss deshalb ehrlich sagen: Ausstieg kann nicht heißen, selbst auf Kernenergie zu verzichten, aber dann Atomstrom aus Frankreich oder Tschechien zu kaufen. Also muss die inländische Energieproduktion umgebaut werden. Dies ist zwangsläufig in der Landschaft sichtbar. Aber nur so kann das Atomzeitalter wirklich enden.

Andreas Kern und Daniel Kraatz

Berliner Politikbetrieb hautnah miterleben ...

... diese Chance hatte jetzt der Unternehmer und Wirtschaftsjunior Michael Horstmann im Büro der Harzer CDU-Bundestagsabgeordneten Heike Brehmer, welche auch den Bundestagswahlkreis Magdeburg betreut.

Mit rund 200 anderen Wirtschaftsjunioren und Bundestagsabgeordneten nahmen sie am Projekt „Know-how-Transfer“ der Wirtschaftsjunioren Deutschland teil. Ziel des Projekts ist es, einen direkten Kontakt zwischen Politikern und Unternehmern herzustellen.

Vom 9. bis 13. Mai begleiteten die Wirtschaftsjunioren ihre Abgeordneten, nahmen an Sitzungen teil und diskutieren mit Spitzenvertretern aus den einzelnen Fraktionen.

Im Gegenzug werden die Politiker eingeladen, sich die Unternehmen anzuschauen. „Die Erwartungen sind entsprechend groß: „Ich möchte verstehen, wie Politik funktioniert und wie dort Entscheidungen getroffen werden“, sagt Michael Horstmann.

Heike Brehmer freute sich über das Interesse aus der Wirtschaft. „Es ist wichtig, dass es einen guten Austausch zwischen Politik und Unternehmern gibt“.

Energiepolitik

Sichere, verlässliche und wirtschaftliche Versorgung



Foto: CDU/Laurence Chaperon

Bundeskanzlerin Merkel hat die Ergebnisse des Koalitionsausschusses zur künftigen Energiepolitik vorgestellt. „Wir wollen bis 2022 vollständig auf Kernenergie verzichten“, so Merkel. Die Energiewende sei eine „riesige Chance für kommende Generationen“. Die CDU-Vorsitzende betonte, dass

der Weg zum Umstieg auf Erneuerbare Energien durch die rot-grünen Ausstiegspläne nicht ausreichend beschrieben worden sei. Die christlich-liberale Koalition zeige diesen Weg nun klar auf.

Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit, Umwelt- und Klimaverträglichkeit seien dabei die Leitlinien, so Merkel. Deutschland nehme mit der Energiewende eine „Vorreiterrolle auf dem Weg in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien“ ein. Als erstes großes Industrieland könne und werde Deutschland die Wende zu hoch effizienten und klimafreundlichen Energien schaffen. Dies biete Chancen für Exporte, Entwicklungen, Technologien und Arbeitsplätze. Merkel: „Dieser Weg ist für Deutschland eine große Herausforderung.“

Mit dem Beschluss schaffe

man die Wende zu einem Strom der Zukunft. „Und für diesen Strom der Zukunft brauchen wir eine neue Architektur unseres Energiewesens“, so die Bundeskanzlerin. Die Eckpfeiler der Energiepolitik bleiben dabei bestehen: Strom müsse auch künftig immer ausreichend verfügbar, sicher, wirtschaftlich und umweltfreundlich sein. Auch dürfe Deutschland nicht von Importen abhängig sein, sondern müsse den Strom weiter selbstständig erzeugen.

Bundesumweltminister Norbert Röttgen sagte, die christlich-liberale Koalition habe ein klares konsistentes Konzept erarbeitet, „mit dem wir einen übergreifenden Konsens in unserem Land anstreben“. Ein Konsens solle auch in der Endlagerfrage angestrebt werden. Er betonte zudem, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz von einem Subventionsgesetz hin zu einer stärkeren Markt- und Wettbewerbsorientierung umgebaut werden müsse.

Bundes-CDU

Ehrenstadtrat führte Gruppe



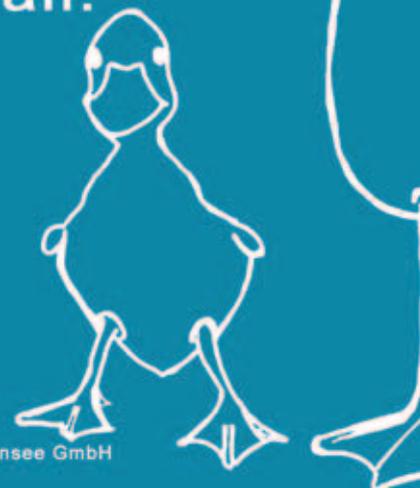
Wie kann eine deutsch-polnische Jugendgruppe am besten Magdeburg entdecken? Mit einer Führung des Stadtführers aus Leidenschaft und durch Ehrenstadtrat Eberhard Seifert.

Das Bildungszentrum Wendgräben der Konrad-Adenauer-Stiftung, welches auch die europäische Informationsstelle European Direkt beheimatet, erteilte ihm wieder einmal einen entsprechenden Auftrag. So hatte er die Gelegenheit den polni-

schen und deutschen Jugendlichen anhand der Magdeburger Stadtgeschichte die enge Verbindung der beiden Nationen darzustellen. Dazu gehört, dass einige polnische Städte das Magdeburg Recht anwendeten bis hin zu der Tatsache, dass der ehemalige polnische Präsident Josef Pilsudski in Magdeburg in Festungshaft saß.

Natürlich gab es auch einen Besuch des Alten Rathauses inklusive einer Fototermins vor dem Roland. Tobias Krull

Gut für die Umwelt - Strom und Wärme aus Abfall.

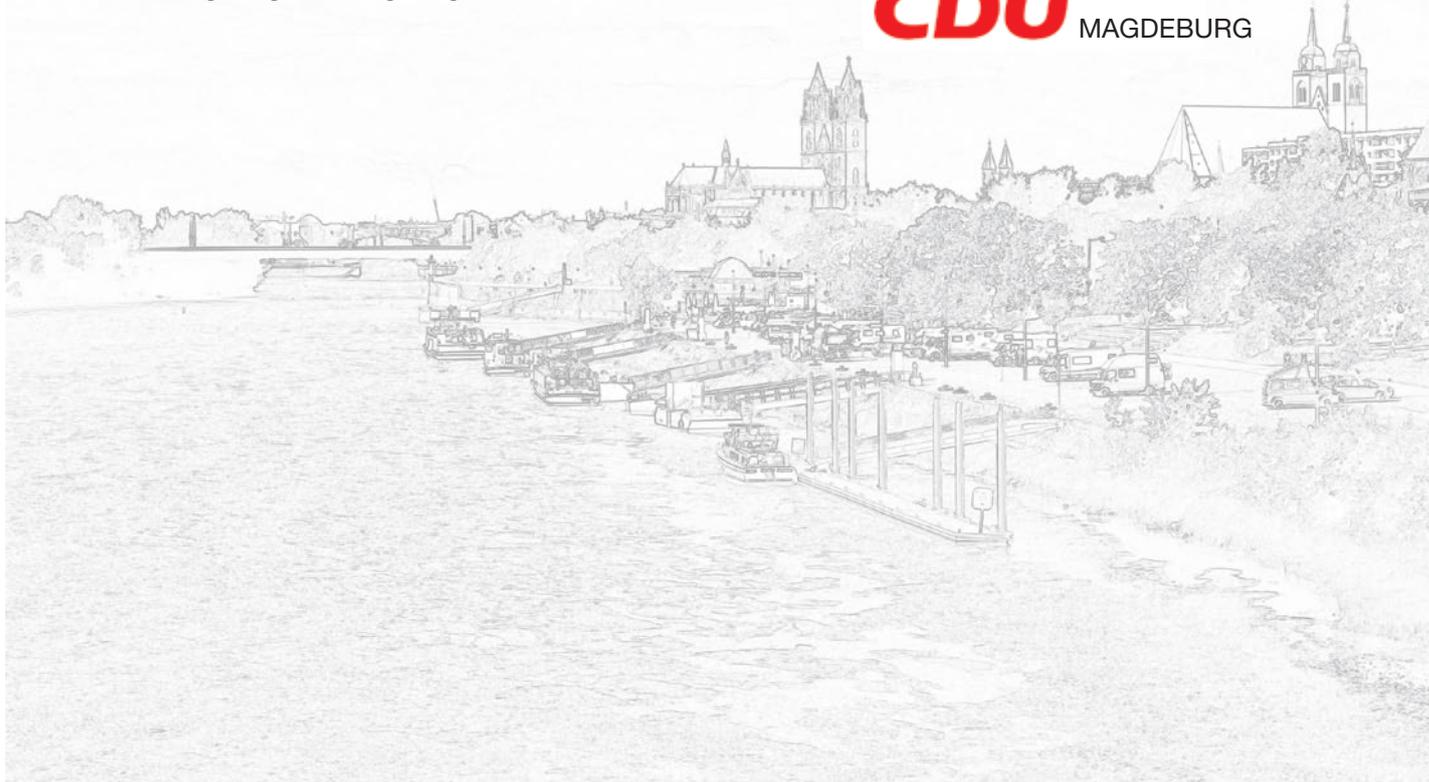


Müllheizkraftwerk Rothensee GmbH
Kraftwerk-Privatweg 7
39126 Magdeburg

Telefon: 0391/ 587-25 34
Telefax: 0391/ 587-17 64
E-mail: info@mhkw-rothensee.de
<http://www.mhkw-rothensee.de>

mhkw
ROTHENSEE

Wir machen die Entsorgung sicher.



PERSONALENTWICKLUNG

Wer hat Interesse?

Dieser Aufruf richtet sich an Mitglieder von CDU, Junger Union oder RCDS, die bereit sind, sich besonders aktiv in die gesellschaftliche Arbeit der CDU Magdeburgs einzubringen und dabei eine Förderung durch Maßnahmen der Personalentwicklung erfahren wollen. Aufgerufen sind vorwiegend jüngere Mitglieder, aber auch andere, die ihre politische Arbeit aktiver gestalten wollen.

Ihre Interessenbekundung zur Mitwirkung richten Sie bitte bis 31. Juli 2011 formlos (E-Mail möglich) an den CDU Kreisverband unter dem Stichwort „Personalentwicklung“ unter Angabe von

- Name und Adresse und
- kurzen Darstellung der nachfolgenden Voraussetzungen.

Voraussetzungen im einzelnen:

- die Mitgliedschaft in CDU, Junger Union oder RCDS
- die Absicht, sich deutlich über das normale Maß hinaus aktiv in die gesellschaftspolitische Arbeit der CDU Magdeburg einzubringen
- die Bereitschaft, an einzelnen Maßnahmen der Personalentwicklung mitzuwirken und dafür auch Kosten zu tragen

Einige Maßnahmen der Personalentwicklung:

- Mentoring: Mit Hilfe eines Netzwerks von Mentoren mit wertvoller politischer und beruflicher Erfahrung und auf der Grundlage klarer Regeln sollen feste individuelle Kontakte im Sinne von Betreuungsverhältnissen vermittelt und aufgebaut werden, die für die Interessenten (die „Mentees“) angesichts der Erfahrungen und Fähigkeiten



der Mentoren von Nutzen sein können.

- Weiterbildung: Durch Vermittlung von Seminaren und anderen Veranstaltungen erhalten die Interessenten – ideell und soweit möglich finanziell gefördert – die Chance der persönlichen Weiterentwicklung und der gesellschaftspolitischen Schulung und Fortbildung
- Heranführung an die gesellschaftspolitische Arbeit der CDU und ihrer Vereinigungen und Übernahme von Aufgaben zunächst der kommunalpolitischen Basisarbeit
- Konkrete Aufgabenstellungen und Betreuung dabei, z.B. mit einem Fachvortrag oder der Durchführung einer Veranstaltung, Exkursion usw.
- Netzwerkarbeit im Rahmen des geschaffenen Förderkreises

Wie geht es weiter?

Der Kreisvorstand der CDU Magdeburgs hat ein Konzept zur Personalentwicklung beschlossen und eine Gruppe von Mitgliedern als Personalentwicklungskommission (PEK) eingesetzt. Diese PEK wird die eingegangenen Interessenbekundungen sichten und mit allen Interessenten im September 2011 eine Informationsveranstaltung durchführen. Daraus wird sich ein Förderkreis bilden. In Einzelgesprächen werden dann konkrete Maßnahmen der Personalentwicklung besprochen und vereinbart. Vertraulichkeit und der Schutz persönlicher Daten werden garantiert.

Rainer Nitsche
Personalentwicklungskommission

Tobias Krull
Kreisvorsitzender